Stand: 24.04.2017

Stadt Rheinau, Stadtteil Freistett 2. Änderung Bebauungsplan "Hauptstraße – Freistett"

Nr.

Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen aus der Offenlage

Stellungnahmen von Beschlussvorschlag Seite 1 von 2

A STELLUNGNAHMEN DER BEHÖRDEN UND TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE

A.1	LANDRATSAMT ORTENAUKREIS – BAURECHTSAMT (gemeinsames Schreiben vom 16.02.2017)		
A.1.1	Der Bebauungsplan ist nicht genehmigungspflichtig. Wir bitten, uns nach der ortsüblichen Bekanntmachung zwei Fertigungen der Unterlagen (Satzung, Begründung, Bebauungsvorschriften und dazugehörige Pläne) sowie einen Nachweis über die Bekanntmachung vorzulegen. Es werden folgende Anregungen vorgebracht:	Wird zur Kenntnis genommen. Der Versand zweier Satzungsexemplare nach Abschluss des Verfahrens sowie der Bekanntmachung wird zugesagt.	
A.1.2	Begründung:		
A.1.2.1	Ziffer 3: Die Begründung, warum sich die Frage der Entwicklung aus dem Flächennutzungsplan nicht stellt ist falsch. Die richtige Begründung muss lauten, weil ein Verfahren nach § 13 a BauGB durchgeführt wird und § 8 Abs. 2 BauGB deshalb keine Anwendung findet (§ 13 a Abs. 2 Nr. 2 BauGB).	Die Anregung wird berücksichtigt und die Begründung entsprechend korrigiert.	
A.1.2.2	Abbildung in Kapitel 5: Nach der Begründung sollen die auf sechs Grundstücken vorhandenen Schank- und Speisewirtschaften einen umfassenden aktiven Bestandsschutz erhalten. Wir bitten zu überprüfen, ob in der Abbildung nicht auch noch die Flst. 4648/2 und 4609/1 mitabgegrenzt sind. Dies widerspräche der Begründung.	Die Anregung wird berücksichtigt. Die Abbildung in der Begründung sowie die planungsrechtlichen Festsetzungen werden überarbeitet Ferner dient die Abbildung in der Begründung nur einer groben Darstellung der in den planungsrechtlichen Festsetzungen genannten Flurstücke.	

Stand: 24.04.2017

Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen aus der Offenlage

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 2 von 2	
В	KEINE BEDENKEN UND ANREG LICHER BELANGE	GUNGEN DER BEHÖRDEN UND TRÆ	ÄGER ÖFFENT-	
B.1	LANDRATSAMT ORTENAUKREIS - (gemeinsames Schreiben vom 16.02	- VERMESSUNG UND FLURNEUORDNU 2017)	JNG	
B.2	LANDRATSAMT ORTENAUKREIS - UND ABFALLRECHT (gemeinsames Schreiben vom 16.02)	- AMT FÜR GEWERBEAUFSICHT, IMMI .2017)	SSIONSSCHUTZ	
B.3	LANDRATSAMT ORTENAUKREIS – GESUNDHEITSAMT (gemeinsames Schreiben vom 16.02.2017)			
B.4	DEUTSCHE TELEKOM TECHNIK G (Schreiben vom 22.02.2017)	МВН		
B.5	BNNETZE GMBH (Schreiben vom 20.01.2017)			
B.6	TERRANETS BW GMBH (Schreiben vom 16.01.2017)			

C PRIVATE STELLUNGNAHMEN VON BÜRGERINNEN UND BÜRGERN

Stellungnahmen von Bürgerinnen und Bürgern sind nicht eingegangen.